

# Stellungnahme des Verwaltungsrates der Helvetia Holding AG, St. Gallen

vom 10. Dezember 2008

## betr. Bestehen einer Angebotspflicht nach Art. 32 BEHG

Im Rahmen des Gesuches der Helvetia Holding AG (nachfolgend **Helvetia**) um Feststellung des Nichtbestehens einer Angebotspflicht nach Art. 32 BEHG hat die Übernahmekommission den Verwaltungsrat der Helvetia zur Stellungnahme eingeladen:

### 1. Einleitung

#### a) Aktionärsstruktur

Die Statuten der Helvetia beinhalten eine Opting-up Klausel, wonach die Pflicht zur Unterbreitung eines öffentlichen Kaufangebots entsteht, wenn ein Aktionär den Grenzwert von 40% der Stimmrechte der Helvetia überschritten hat.

Gegenwärtig sind die Patria Genossenschaft, Basel, die Vontobel Beteiligungen AG, Zürich, sowie die Raiffeisen Schweiz, St. Gallen (nachfolgend gemeinsam der **Aktionärspool** oder die **Poolmitglieder**), mittels eines Poolvertrags, welcher die Beteiligungsverhältnisse an der Helvetia regelt, miteinander verbunden. Die Poolmitglieder halten zusammen insgesamt 38.1% der Stimmrechte an der Helvetia.

#### b) Einbindung der Helvetia in den Aktionärspool

Helvetia ist formell keine Partei des Poolvertrages. Dieser sieht jedoch im Rahmen der Organisation der Poolversammlungen eine Mitwirkung der Helvetia vor. Die Übernahmekommission hat in ihrer Empfehlung vom 20. Juni 2008 festgestellt, dass die Helvetia mit den Poolmitgliedern in gemeinsamer Absprache handle. Deshalb sind die eigenen Aktien der Helvetia den Poolmitgliedern zuzurechnen. Sollte sich der Bestand eigener Aktien in der Zukunft erhöhen, würde die in den Statuten festgelegte Schwelle von 40% zur Unterbreitung eines Pflichtangebots überschritten werden.

#### c) Ausscheiden der Helvetia aus der Gruppe des Aktionärspools

Das Auslösen einer Angebotspflicht durch den Aktionärspool liegt nicht im Interesse der Helvetia. Die Helvetia muss deshalb beim Erwerb eigener Aktien darauf achten, dass keine Angebotspflicht ausgelöst wird. Dies wiederum schränkt die strategische und unternehmerische Handlungsfreiheit der Helvetia jedoch übermässig ein. Entsprechend hat die Helvetia den Poolmitgliedern den Vorschlag unterbreitet, den Poolvertrag so abzuändern, dass die Helvetia nicht mehr in den Pool eingebunden ist und somit auch im übernahmerechtlichen Sinne aus der Gruppe ausscheidet.

### 2. Stellungnahme des Verwaltungsrats

Vorliegend wurde das Gesuch von der potentiellen Zielgesellschaft selbst im Interesse der Gesellschaft und im Interesse der Minderheitsaktionäre unterbreitet:

(a) Die Helvetia ist bestrebt, den Anteil der frei handelbaren Aktien weiterhin schrittweise zu erhöhen und langfristig orientierten Aktionären die Möglichkeit einzuräumen, sich massgeblich an der Helvetia zu beteiligen. Des Weiteren ist die Helvetia darauf bedacht, ihre Unabhängigkeit zu wahren. Eine Angebotspflicht würde diesem Bestreben diametral entgegenlaufen.

(b) Eine Einbindung in den Pool schränkt die Helvetia in ihrer unternehmerischen Freiheit enorm ein. Es ist ihr dadurch verunmöglicht, eigene Aktien zu erwerben. Um eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung der Helvetia zu gewährleisten, sind rasche und freie unternehmerische und strategische Entscheidungsmöglichkeiten sowie Flexibilität für die Helvetia notwendig. Die Konstellation mit den Poolmitgliedern darf die Entwicklung der Helvetia nicht negativ beeinträchtigen.

(c) Eine grössere Unabhängigkeit der Helvetia von den Poolmitgliedern unterstützt zudem die Bestrebungen der Helvetia, im Sinne der Aktionäre und weiteren Stakeholdern einer guten Corporate Governance nachzuleben.

Da das Interesse an unternehmerischer Freiheit für die Helvetia wesentlich höher ist als ein Interesse an einer Einbindung in die Organisation des Aktionärspools, befürwortet der Verwaltungsrat die Auslösung der Helvetia aus dem Poolvertrag und damit verbunden die Entkoppelung der eigenen Aktien der Helvetia von den Aktien des Aktionärspools im übernahmerechtlichen Sinne.

### 3. Potentielle Interessenkonflikte

Der Verwaltungsrat der Helvetia setzt sich aus den folgenden neun Mitgliedern zusammen: Erich Walser (Präsident), Silvio Borner (Vizepräsident), Hans-Jürg Bernet (Mitglied), Paola Ghilani (Mitglied), Christoph Lechner (Mitglied), John Martin Manser (Mitglied), Doris Russi Schurter (Mitglied), Pierin Vincenz (Mitglied) und Urs Widmer (Mitglied).

Die Geschäftsleitung setzt sich aus den folgenden Mitgliedern zusammen: Stefan Loacker (Vorsitzender der Geschäftsleitung Gruppe, CEO), Markus Gemperle (Bereichsleiter Strategy and Operations), Philipp Gmür (Vorsitzender der Geschäftsleitung Schweiz), Ralph-Thomas Honegger (Bereichsleiter Anlagen, CIO), Markus Isenrich (Bereichsleiter Human Resources und Dienste), Paul Norton (Chief Financial Officer, CFO) und Wolfram Wrabetz (Vorsitzender der Geschäftsleitung Deutschland).

Der Verwaltungsratspräsident der Helvetia nimmt an Versammlungen der Poolmitglieder teil und hat in diesem Zusammenhang auch administrative Funktionen, womit faktisch ein potentieller Interessenkonflikt entstehen könnte. Silvio Borner, Doris Russi Schurter, Pierin Vincenz und Urs Widmer sind Vertreter von Poolmitgliedern. Da die Poolmitglieder durch das Gesuch der Helvetia konkret betroffen sind und einer Abänderung im Grundsatz zugestimmt haben, besteht bei den Vertretern der Poolmitglieder ebenfalls ein potentieller Interessenkonflikt. Vorliegend handelt es sich jedoch um die Frage, ob die Helvetia gänzlich aus der Organisation des Aktionärspools ausscheiden soll, was den Interessen der Poolmitglieder eher zuwiderläuft und allein den Interessen der Helvetia dient, weshalb die Herren Walser, Borner, Vincenz, Widmer sowie Frau Russi Schurter im Rahmen der vorliegenden Stellungnahme nicht in den Ausstand getreten sind. Der Verwaltungsrat hat denn auch die vorliegende Stellungnahme einstimmig genehmigt.

Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates sowie die Mitglieder der Geschäftsleitung unterliegen keinen Interessenskonflikten. Insbesondere bestehen keine besonderen Mandats- oder Geschäftsbeziehungen mit Poolmitgliedern, noch würden die zu evaluierenden Transaktionen Einfluss auf die Mandatssituation oder Vertragsverhältnisse der Verwaltungsrats- oder Geschäftsleitungsmitglieder haben.

### 4. Absichten der Aktionäre mit mehr als 3% Stimmrecht

Die Poolmitglieder halten gemeinsam insgesamt 38.1% der Stimmrechte der Helvetia. Weitere wichtige Aktionäre sind die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft, München, indirekt über die MEAG MUNICH ERGO Kapitalanlagegesellschaft mbH München, München (8.16%), sowie die Baloise-Holding und Basler Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, Basel (4.04%). Der Helvetia ist nicht bekannt, wie sich die Aktionäre mit mehr als 3% der Stimmrechte zum Gesuch der Helvetia und einer potentiellen Angebotspflicht stellen.

### 5. Empfehlung der Übernahmekommission

Die Übernahmekommission hat mit Empfehlung vom 8. Dezember 2008 das Gesuch der Helvetia gutgeheissen und festgestellt, dass Helvetia nach Unterzeichnung des der Übernahmekommission im Entwurf vorliegenden neuen Poolvertrags nicht mehr eine Gruppe im Sinne von Art. 27 BEHV-EBK mit dem Aktionärspool bildet und eigene Aktien somit zur Bestimmung einer möglichen Angebotspflicht nach Art. 32 BEHG nicht mehr dem Aktionärspool zuzurechnen sind.

Der Verwaltungsrat weist die Aktionäre der Helvetia auf Art. 35 Abs. 2<sup>quater</sup> BEHV-EBK hin. Danach wird die Feststellung des Nichtbestehens einer potentiellen Angebotspflicht im «Schweizerischen Handelsamtsblatt» (nachfolgend **SHAB**) publiziert. Die Aktionäre der Helvetia können innerhalb einer Frist von zehn Börsentagen bei der Bankenkommission den Erlass einer anfechtbaren Verfügung verlangen. Die Frist beginnt am ersten Börsentag nach der Veröffentlichung im SHAB zu laufen.